



Kritik der neoliberalen Zerstörung der Universität!

von

Gerhard Stapelfeldt

Professor am Institut für Soziologie der Universität Hamburg

Material zu zwei Reden: gehalten am 24.11.2009 in Leipzig auf Einladung des StudentInnenrates der Universität Leipzig auf der Demonstration von Studierenden aus dem gesamten Bundesgebiet aus Anlaß der Tagung der Hochschul-Rektorenkonferenz in Leipzig und des Abschlusses des ‚Bologna-Prozesses‘; gehalten am 27.11.2009 auf Einladung des Fachschaftsrates Psychologie der Universität Hamburg zu öffentlichen Vorlesungen in der Hamburger Innenstadt aus Anlaß der Solidaritäts-Aktionen mit den Studierenden-Protesten in Österreich sowie der massiven Kritik gegen die Wahl von Dieter Lenzen – der sich an der FU Berlin den Ruf eines autoritär-, ‚wirtschaftsfreundlichen‘ Hochschulmanagers erworben hat – zum neuen Präsidenten der Universität Hamburg.

Die seit Wochen europaweit zu verzeichnenden, in Form von Demonstrationen und Besetzungen von Universitätsräumen durchgeführten Studentenproteste gelten der Zerstörung der Universität durch den Neoliberalismus: dem ‚Bologna-Prozeß‘. Selbstredend zerstört die herrschende neoliberale Doktrin von Wirtschaft und Politik nicht die Universitäten als Institutionen oder gar als materielle Gebäude. Zerstört wird aber, was aus den vorhandenen Forschungs-, Lehr- und Lerneinrichtungen eine Universität macht – zerstört wird die Idee der Universität. Die Universitäten hatten sich während des Spätmittelalters und in der Renaissance zuerst in Bologna (1088), Paris (um 1150) und Oxford (1167), später auch in Heidelberg (1386), Köln (1388), Erfurt (1392) und Leipzig (1409)

als Institutionen einer universitas litterarum gegründet, um die Autonomie des Geistes gegenüber den undurchschaute[n], dogmatischen Mächten der Religion geltend zu machen. So besaß die Universität ihre Identität, ihren Zusammenhalt in der Philosophie: im antiken Imperativ der Selbst- und Welterkenntnis – „Kenne dich!“ Das blieb der Imperativ der Universitäten bis ins 19. Jahrhundert: Freiheit von Forschung, Lehre und Lernen, Aufklärung, Bildung des Menschen zum Menschen – Humanität. Diese Idee der Universität, schon im späten 19. Jahrhundert unterminiert, durch die 1933 von Martin Heidegger gefeierte ‚Führer-Universität‘ verhöhnt, im Manuskript der ‚Jefferson-Day-Speech‘ des US-Präsidenten Franklin Delano Roosevelt 1945 beschworen, wird durch den Neoliberalismus endgültig zu Grabe getragen – es gibt keine Nischen mehr, innerhalb derer in der Universität noch Bildung durch Aufklärung möglich ist. Die Universitätsreformen im Zuge des 1999 von 31 Ministern aus 29 Staaten ausgerufenen ‚Bologna-Prozesses‘ haben ein anderes Ziel: das Europa der Europäischen Union bis zum Jahre 2010 in den größten, „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ (Lissabon-Strategie, März 2000) zu verwandeln. Dieser Prozeß, durch den die Bildung des Menschen zum Menschen durch ökonomische Verwertungs-Imperative liquidiert wird, ist eben deshalb nicht reformierbar – er ist abzuschaffen. Diese allgemeine Forderung ist freilich ebenso leicht formuliert wie in ihrer Realisierbarkeit unwahrscheinlich: denn es geht um den logos der Wettbewerbs-Ökonomie selbst. Gleichwohl muß die Forderung erhoben werden, soll noch an der humanistischen Idee der Universität festgehalten werden.

Gegen die Durchsetzung des Neoliberalismus an den Universitäten im Kontext der Durchsetzung einer neoliberalen, wissensgestützten Wettbewerbs-Ökonomie haben Studierende seit etwa 2002/03 protestiert. Erst wurde die Verwandlung von Wissen in eine Ware angeklagt – ein allerdings etwas naiver Protest, denn diese Verwandlung war schon um 1860/1900 vollzogen worden, als wissenschaftliches Wissen während der Zweiten Industriellen Revolution zur Rationalisierung der Produktion im Interesse der Kapitalverwertung eingesetzt wurde. Dann richtete sich der studentische Protest gegen die Studiengebühren: zum einen, weil die Gebühren den Hochschulzugang erschweren, zu anderen, weil es durch das verschulte Bachelor-Studium kaum noch möglich ist, das Studium durch ‚Jobben‘ zu finanzieren. Protestiert wird auch gegen das verschulte, viel zu kurze, wenig fundierte Studium; gegen die Abspaltung von Forschung und Lehre; gegen die steigende Bürokratisierung; gegen die Kontrollen der Anwesenheit: also gegen die Unterstellung, die Studierenden seien nur durch Zwang zum Studieren zu bewegen; gegen die permanenten Prüfungen, so daß immerzu allein für die Reproduktion von Wissen bei Prüfungen ‚gepaukt‘ werden muß und keine Zeit bleibt, auch aus Fehlern zu lernen, schon gar keine Zeit, das Erlernte dem eigenen Denken zu integrieren. Kritisiert wird weiter die mangelnde Finanzierung der Universität, die sich in

verschiedener Form ausdrückt: in der zu geringen Zahl von Lehrenden, die zunehmend durch die Beschäftigung von Lehrbeauftragten kompensiert wird; in den zahlreichen prekären Beschäftigungsverhältnissen – Privatdozenten ohne Bezahlung; Lehrbeauftragte, die pro Semester und Seminar nicht einmal 1000,- Euro verdienen; Ein-Euro-Jobber auch im Bereich der Forschung; in der personellen Unterausstattung der Verwaltungen; in der Unterausstattung der Bibliotheken.

Durch diese Fülle der Einwände und der entsprechenden studentischen Forderungen wendet sich langsam der Protest gegen das Zentrum der Reformen: die Logik einer neoliberalen Gesellschaft. Denn nicht jene aufgelisteten, teilweise durchaus reformierbaren Defizite der neuen Universitäten bilden den Kern der Übelstände: der Kern besteht in der Durchsetzung eines Menschenbildes und einer nicht nur inneruniversitären Gesellschaftsform, die der Idee der Humanität und damit der Universität widerspricht. Darum ist der ‚Bologna-Prozeß‘ nicht reformierbar. Darum ist der Protest nicht zu begreifen als eine Veranstaltung zur Unterbreitung von alternativen Reformvorschlägen, sondern als ein aufklärerischer Lernprozeß. Der Forderungskatalog, den die BesetzerInnen des Auditorium Maximum der Universität Hamburg am 12.11.2009 verabschiedet haben, fordert die Abschaffung der Studiengebühren erst an vierter Stelle, an erster Stelle aber: die „Bildung zum mündigen Menschen“, die „Demokratisierung der Bildungseinrichtungen“, die Abschaffung der Wettbewerbslogik als Logik des „survival of the fittest“. Das erste Ziel, die „Erziehung zur Mündigkeit“ (Adorno), ist keine Setzung der Studierenden, auch kein Rückgriff auf die klassische Bildungsidee – das Ziel ist dem „Leitbild“ der Universität Hamburg entnommen, das in jedem neuen Vorlesungsverzeichnis abgedruckt ist. Indem die Studierenden dieses Ziel aufnehmen, konfrontieren sie die Realität der Erziehung zum Humankapital mit jenem proklamierten Ziel und klagen dessen Verwirklichung ein. Kritisiert wird mithin: die Ausbildung der Studierenden nach der Logik der Inhumanität, der Anpassung an undurchschaute, entfremdete Mächte. Das wäre aber: die Abschaffung der Idee der Universität, der Idee der Humanität. Diese Abschaffung steht im Kontext einer allgemeinen Zerstörung humaner Solidarität und Individualität. So beginnen die Proteste konsequent, über die Universitäten hinaus zu reichen und sich gegen die Logik des Neoliberalismus insgesamt zu richten: gegen die Errichtung einer totalen Wettbewerbsgesellschaft, in der jeder, als Einzelner, gegen jeden in einem Kampf um Sieg oder Niederlage antritt. In einer solchen Gesellschaft haben, christliche Nächstenliebe, klassisch-liberaler Kosmopolitismus oder sozialistische Solidarität keinen Platz.

Um diesen Kern des Protests zu verstehen, sind die ethischen und rationalen Grundnahmen von Theorie und Praxis des Neoliberalismus in Stichworten aufzulisten:

Das grundlegende Dogma des Neoliberalismus lautet: Wirtschaft und

Gesellschaft sind so komplex, daß sie als Ganze nicht rational begriffen und deshalb auch nicht rational gesteuert werden können – sie sind schon gar nicht vernünftig einzurichten. Deshalb beschreibt die neoliberale Theorie sich als „Antirationalismus“: Wirtschaft und Gesellschaft sind nicht zu rationalisieren, nur das Handeln Einzelner.

Das zweite Dogma lautet: Sind Wirtschaft und Gesellschaft durch Menschen nicht rational zu steuern, so muß der undurchschaubare Wettbewerb diese Aufgabe übernehmen. Dem Staat kommt nur die Aufgabe zu, die Wettbewerbsregeln zu setzen und durchzusetzen. Der Wettbewerb muß durch De-Regulierung des alten Staatsinterventionismus installiert, dann aber durch Re-Regulierung in Funktion gehalten werden – denn in der Epoche hoher Kapitalkonzentration kann der Wettbewerb nur eine ‚künstliche‘, bürokratisch konstituierte Veranstaltung sein.

Drittens: Der Wettbewerb ist die Institution eines gesellschaftlichen „Kampfes um’s Dasein“ (Darwin): um knappe Güter. In diesem Kampf sind die Einzelnen in der Wahl ihrer Mittel frei; das Resultat des Wettkampfes sind Sieger und Verlierer, Starke und Schwache: eine gesellschaftliche Ungleichheit. Sieger ist, wer sich den undurchschaubaren gesellschaftlichen Kräften am besten angepaßt hat. Die gesellschaftliche Elite besteht aus den maximal Angepaßten.

Viertens: Weil das Ganze das Irrationale ist, vertritt der Neoliberalismus theoretisch und praktisch einen Individualismus – einen Sozialatomismus. Da strukturelle Gründe von Erfolg und Mißerfolg, von Prosperität und Krisen als unerkennbar gelten, gilt der Einzelne als seines Glückes ebenso wie seines Unglückes Schmied.

Dieses neoliberale Individuum, das unter dem Imperativ der Anpassung an gesellschaftliche Mächte steht, muß deshalb die undurchschaubaren „Kräfte“ (Hayek, Weltbank) verinnerlichen, zu deren Personifikation werden. Ein solches Individuum wurde vor etwa siebzig Jahren von jüdischen deutschen Sozialphilosophen im New Yorker Exil in klassisch gewordenen sozialwissenschaftlichen Studien ausführlich untersucht und treffend benannt: als „autoritärer Charakter“.

Die Logik des Neoliberalismus wurde während der Wirtschaftskrisen um 1975 (Bretton-Woods-System), 1982 (Schuldenkrise der Dritten Welt) und 1990 (Zusammenbruchskrise der autoritären Staaten Mittel- und Osteuropas) über die Welt verbreitet: als ‚Globalisierung‘. Seit etwa 1990/99 wurde dieser globale Neoliberalismus vor allem von seiten der Weltbank und der Europäischen Union (Bologna-Prozeß; Lissabon-Strategie) als Wissensökonomie und Wissensgesellschaft propagiert: Bezeichnet wird ein gesellschaftlich analphabetisches, ökonomisch höchst verwertbares Wissen. Dieses Wissen prägt den weltweit dominierenden Dienstleistungssektor und scheint die 1972/73 diagnostizierten *Grenzen des Wachstums* aufzuheben. Die Produktionsstätten dieses kapitalisierbaren, gesellschaftlich irrationalen Wissens, der Wissenden als

Humankapital, sind vor allem die Universitäten. So wurde um 1999/2000 innerhalb der EU begonnen, die Universitäten in Betriebe zur Produktion von Human-Kapital und kapitalisierbarem Wissen zu verwandeln.

Für die Universitäten bedeutet dies:

1. Sie sind wie Wirtschaftsbetriebe zu organisieren, die Wissen als ökonomisch verwertbares Wissen, die Wissende als Humankapital zu produzieren haben. Die Universitäten als Betriebe richten sich nach außen auf einen Wettbewerbsmarkt aus, um Waren zu verkaufen. Ihr Erfolg im Wettbewerb wird durch die Rankings und eingeworbene ‚Drittmittel‘ ausgedrückt.
2. Für die Qualität des Wissens ist nicht mehr entscheidend, ob es wahr, sondern ob es zu vermarkten ist.
3. Für die Qualifikation der Wissenden ist nicht mehr entscheidend, was sie wissen, sondern: ob sie ihr Wissen wie Unternehmer in eigener Sache verkaufen, vermarkten können.
4. Der Wissensfortschritt verläuft nicht nach dem Kriterium von Diskurs, Kritik und Wahrheit, sondern durch Wettbewerbskampf.
5. Weil die Wissensgesellschaft, die sich auch in den Universitäten institutionalisiert, den Wettbewerb und den Sieg im Wettbewerb zum Fetisch erhoben hat, hat sie die ‚Exzellenz‘ zum Fetisch erhoben.
6. Wettbewerb heißt: Vergleich von Personen und Sachen. Daher werden in der neoliberalen Universität die Lehrenden, die Lernenden und der ‚Stoff‘ gleichgültig: alles ist austauschbar, alles ist in Geldform ausdrückbar – Individualität kommt im totalen Vergleich nicht vor, nur: Anpassung. Wer im Wettbewerb siegt, ist nicht herausragend, sondern maximal angepaßt. Für das Wissen, insbesondere in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaft, gilt: es ist die Verdopplung des Zeitgeistes und darum tendenziell überflüssig.
7. Der Wettbewerb innerhalb der Universität und zwischen den Universitäten muß bürokratisch veranstaltet werden. So zeichnet sich die neoliberale Universität durch eine starke Bürokratisierung aller Abläufe aus, die dem alten Staatssozialismus zur Ehre gereicht hätte: starke Vereinheitlichung der Lehrpläne durch ein Modulsystem; starke Steigerung der Prüfungshäufigkeit; Kontrolle der Anwesenheit der Studierenden bei Seminaren und Vorlesungen; Zugang zu Seminaren über universitäre Informationssysteme; Eingabe der Seminarpläne, Noten, etc. in die Informationssysteme; Bürokratisierung der Prüfungsverfahren, der Raumvergabe, der Beantragung von Tutorenstellen; ständige Evaluierungen von Lehre, Forschung und Lernprozessen. Alles unterliegt einer Kontrolle, jeder soll jeden und sich selbst kontrollieren, jeder soll andere und sich selbst objektivieren und messen. Alles muß deshalb standardisiert werden. Alles ist

Management: Gebäudemanagement, Raummanagement, Zeitmanagement, Materialmanagement, Studienmanagement, Prüfungsmanagement, Qualitätsmanagement, Selbstmanagement. Die Frage, ob das, was einem Management unterzogen wird, sich zum Management überhaupt eignet, ob das allseits Kontrollierte bei so viel Kontrolle nicht verloren geht, wird nicht gestellt. Die Bürokratie erhebt sich, nach alter Regel, über das Regulierte.

8. Die Universitätsstruktur ist geprägt durch die Form eines Wirtschaftsbetriebes, der sich Markterfordernissen anpaßt, nicht durch die Freiheit von Lehre, Lernen und Forschung. Die Universität ist autoritär strukturiert und dem Bedarf ‚der Wirtschaft‘ subsumiert.
9. Die Studierenden werden nicht zu autonomen, selbst denkenden Individuen gebildet, sondern zur Anpassung an den Markt ausgebildet. Sie lernen auswendig, sie lernen das schnelle Antworten; das Selbstdenken, das Fragen, die Phantasie ist nicht gefragt.

Diese Universitäten haben sich, als Produktionsstätten von Wissen und Wissen für entfremdete, undurchschaubare Zwecke, von der Idee der Universität verabschiedet. Die aufklärende Vernunft verfällt dem neoliberalen Spott. Die neoliberale Universität ist kein Ort der Bildung, sondern der Anpassung: der Produktion des gesellschaftlich irrationalen, fachwissenschaftlich rationalen „autoritären Charakters“. Die Humanität ist aus dieser Institution verbannt. Das zeigt sich an einer Reihe zentraler Erscheinungen in den Sozialwissenschaften, in denen sich der gesellschaftliche Irrationalismus des Neoliberalismus besonders auswirken muß. Klassische, der Aufklärung verpflichtete Gesellschaftstheorien sind aus dem Studienplan – nun meist schulisch „Stundenplan“ genannt – verbannt: Theorien von Hobbes bis Smith, von Hegel bis Marx und bis zur Kritischen Theorie der Gesellschaft; kommen diese Theorien in den Stundenplänen doch noch peripher vor, müssen sie auf eine Weise gelehrt werden, die ihrem Geist entgegengesetzt ist – eine aufklärerische Theorie wie etwa die Kants auswendig zu lernen und in einem Multiple-Choice-Test abzu prüfen, verwandelt die Theorie in ihr absolutes Gegenteil. Darum hatte Fichte einst den sokratischen Dialog, die aufklärende Frage und eben nicht die quicke Beantwortung vorgegebener Fragen, als Methode des akademischen Unterrichts bezeichnet. Das gedankenlose Beantworten entspricht dem Reiz-Reaktions-Schema von Quiz-Shows, nicht einem akademischen Studium, das seinen Ort in der Einheit von Forschung und Lehre, von Lehren und Lernen hat: das auf Selbstdenken gerichtet ist.

So gilt es, angesichts dieser weit fortgeschrittenen Tendenz, deren gesellschaftliche Logik aufzuklären, um die Ideen der Bildung und der Humanität zu bewahren und fortzuentwickeln. Das ist die Aufgabe des Protests. Die gesellschaftliche Bedeutung dieses Protests ist, im Vergleich zum alten Industriekapitalismus, erheblich gestiegen: Streiks an Universitäten sind jetzt

Streiks an einer Institution, die nicht länger von ökonomisch untergeordneter, sondern nunmehr von ökonomisch zentraler Relevanz ist. Daher erhalten die Proteste eine deutlich höhere öffentliche Aufmerksamkeit und werden auch nicht diffamiert wie einst um 1968. Das scheint sich freilich zu ändern, weil der Protest nicht mehr nur reformistische Ziele verfolgt, die sich dem ‚Bologna-Prozeß‘ integrieren lassen, sondern weil er sich zunehmend gegen den Neoliberalismus an den Universitäten und anderswo richtet.

Daß der Protest substantiell, also über das bloß Symbolische von Universitätsbesetzungen und radikaler Rhetorik hinaus, von – relativ – Wenigen getragen wird, sowohl auf seiten der Studierenden und noch mehr auf seiten der Lehrenden, ist kein Widerspruch. Je stärker der Geist einer Zeit sich verbreitet, je stärker er Rationalität und Bedürfnisse prägt, je mehr unterminiert er die Kritik, die er herausfordert. Der Protest wird, weil die Kritik aus der Universität inhaltlich und formal herausfällt, zunehmend jenseits der Universität seinen Ort finden. Die Ideen, die ihn tragen, sind nicht zu eliminieren – es sind die von Kant formulierten Grundfragen der Philosophie, die auf jene Idee eines vernünftigen Lebens zielen, das der Neoliberalismus verleugnet: „Was kann ich wissen? – 2) Was soll ich tun? 3) Was darf ich hoffen? 4) Was ist der Mensch?“ Um der Vernunft: um der Idee eines autonomen, gebildeten Individuums und einer humanen Gesellschaft willen, muß die neoliberale Universität kritisiert werden. Nicht die Reformierung des Bologna-Prozesses kann das Ziel des Protests sein, sondern allein dessen Abschaffung.